

Warum soll man Firmenspenden an Parteien verbieten?

Gekaufte Sympathien

Eine Firma handelt normalerweise nach dem Prinzip der Gewinnmaximierung. Sie hat kein Geld zu verschenken. Deshalb macht für sie eine Parteispende nur Sinn, wenn sie mit den erkauften Sympathien bei Gelegenheit auch einmal politische Entscheidungen beeinflussen kann, die auf rein demokratischem Weg sonst anders ausfallen würden. Parteien behaupten zwar oft, dass sie sich davon nicht beeinflussen lassen. In Einzelfällen kann man jedoch das Gegenteil beobachten (z.B. Kölner Spendenaffäre). Und für viele Firmen scheint sich dieses korrupte „Anfüttern“ zu lohnen, da sie sonst nicht insgesamt über 22 Mio. DM pro Jahr (2000) an Parteien ausgeben würden.

Alle Macht geht vom Volke aus

In unserer Demokratie haben Firmen genügend Möglichkeiten, ihre berechtigten Interessen deutlich zu machen. Aber entscheiden sollen in einer Demokratie allein die Bürger. Aus diesem Grund besitzen Firmen auch zurecht kein aktives und passives Wahlrecht und können auch nicht Mitglied einer Partei sein. Konsequenterweise muss es Firmen auch verboten werden, mit Spenden auf die Politik einzuwirken. Denn es darf nicht sein, dass in einer Demokratie die finanziell Stärksten den größten Einfluss ausüben können. (Übrigens: Auch Parteispenden von Bürgern sollten nach oben begrenzt werden, damit sich ein einzelner Bürger nicht zu viel Macht über eine Partei erkaufen kann.)

Brauchen Parteien Firmenspenden?

Die Behauptung einer Partei, dass sie auf Firmenspenden nicht verzichten könnte, wäre ein schlimmes Eingeständnis! Denn diese Partei müsste sich immer so verhalten, dass sie möglichst viele Firmenspenden bekommt. Sie wird also immer mit einer bestimmten Hörigkeit gegenüber ihren Geldgebern handeln. Parteien sind aber laut Verfassungsauftrag ausschließlich dem Gemeinwohl verpflichtet. Gerade deshalb gibt es auch die staatliche Parteienfinanzierung von jährlich 245 Mio. DM: damit Parteien finanziell unabhängig bleiben.

Diese Unterschriftenliste bitte einsenden an:

Ökologisch-Demokratische Partei (ödp), Bohnesmühlgasse 5, 97070 Würzburg.

Hier erhalten Sie auch weitere Unterschriftenlisten. Die ödp sammelt die Unterschriften und reicht sie anschließend gemeinsam als Massenpetition beim Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags ein.

Vorbild Frankreich

Dass eine Parteiendemokratie auch ohne Firmenspenden funktioniert, zeigt das Beispiel Frankreich. Dort wurde schon vor ein paar Jahren die einzig logische Konsequenz gezogen: Firmenspenden an Parteien wurden verboten. Dabei kommen die französischen Parteien mit jährlich ca. 200 Millionen Euro aus, während die deutschen Parteien mehr als 400 Millionen Euro pro Jahr ausgeben. Da kann man sich auch bei uns eine Parteiendemokratie mit ca. 11 Millionen Euro Firmenspenden weniger sehr gut vorstellen. Was in Frankreich möglich ist, sollte auch bei uns möglich sein!

Transparenz ist keine Lösung

Mit einer generellen Veröffentlichungspflicht von Firmenspenden löst man das Problem nicht, sondern verschlimmert es. Denn auch bei einem öffentlichen Spendenvorgang wird die dahinterstehende Absicht und die subtil erreichte Einflussnahme für Bürger nicht automatisch sichtbar. Auch heute schon werden Firmenspenden über 10.000 Euro veröffentlicht, ohne dass man die tatsächliche Einwirkung dieser Spenden auf politische Entscheidungen nachvollziehen kann. Als Bürger kann man darüber nur spekulieren. Aber korrupte Einflussnahme kann man so nicht verhindern, im Gegenteil: Eine Vorschrift zur Veröffentlichung macht generell jede Firmenspende an Parteien unangreifbar, nach dem Motto: Hauptsache, sie wird veröffentlicht!

Deshalb führt kein Weg daran vorbei:

Firmenspenden an Parteien müssen verboten werden!



Politik, die aufgeht. ödp.

*Eine Initiative der Ökologisch-Demokratischen Partei (ödp).
Im Internet: www.oedp.de.*